

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1831

15.10.1831 (Nr. 286)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 286.

Samstag, den 15. Oktober

1831.

Baden.

Karlsruhe, den 12. Okt. In der 69. öffentlichen Sitzung der 1. Kammer am 11. Okt. verlas das Sekretariat die Anzeige, daß in der letzten Vorberatung zur Begutachtung der Adresse der 2. Kammer, die Anzeige eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister betr., eine aus dem Staatsrath Fröhlich, Frhrn. von Wessenberg und Geh. Rath Kirn bestehende Kommission gewählt worden sei. Nach der Vorlage mehrerer Mittheilungen der 2. Kammer und einer Petition erstattete der Frhr. von Falkenstein den Kommissionsbericht über den von der 2. Kammer angenommenen Gesetzentwurf, die Zivilisie betr.; nachdem die Berathung in abgekürzter Form beschlossen war, wurde das Gesetz durch Affirmation einstimmig angenommen. Hierauf folgte die Diskussion über die Nachweisungen der Geldverwendung des Finanzministeriums von den Jahren 1827 — 29, in Folge deren einstimmig beschlossen wurde, die Ueberschreitungen in dieser Budgetperiode zu genehmigen, und die richtige Verwendung der übrigen Gelder anzuerkennen. Das hohe Präsidium eröffnete endlich die Diskussion über die Beschlüsse der 2. Kammer über die von der 1. Kammer erlassene Adresse, die Revision der Anstalten des gelehrten Unterrichts betr.; an derselben nahmen der Geh. Rath von Müdt, Prof. Zell, Frhr. von Wessenberg, Prälat Häffel, Erzbischof Bernhard und Se. Durchl. der Fürst von Löwenstein-Wertheim Antheil, und es wurde beschlossen, in Folge des der 2. Kammer bereits vorgelegten Gesetzes, die Anwendung der Dienerypragmatik auf die patentirten Professoren der Mittelschulen betr., die gedachten Beschlüsse neu zu redigiren, und alsdann zur Bestimmung der 2. Kammer mitzutheilen.

70. öffentliche Sitzung der 1. Kammer. — Nach der Vorlage einer Petition mehrerer Wirthe der Residenzstadt Karlsruhe, die Verwandlung des Accises in ein Steuerum betr., welche der Petitionskommission zugewiesen wurde, erstattete der Generalmajor von Freystedt den Kommissionsbericht über die Motion des Obersten von Raffolaye, Unterstützung der in Folge der span. Feldzüge untauglich gewordenen Unteroffiziere und Soldaten betr.; nachdem die Berathung in abgekürzter Form beschlossen war, wurde der Antrag der Kommission auf Annahme dieses Antrags einstimmig angenommen.

† 113. Sitzung der 2. Kammer vom 13. Okt., unter dem Vorsitze des Präsidenten Föhrenbach. Anfang, wie gewöhnlich, Vormittags 9 Uhr. Auf den Bänken der Regierung erblickt man den Finanzminister von Böckh,

Generallieutenant von Schäffer, Staatsrath Winter, Staatsrath Nebenius, Staatsrath Jolly, Geh. Rath v. Weiler, Geh. Referendar Biegler. Die Galerien sind gedrängt voll. —

Uebergabe von Petitionen durch die Abgeordneten:

a. Merk, Vorstellung von 24 fürstlichen Gemeinden wegen Aufhebung der Baufrüchte.

b. Gerbel, Bittschrift der Gemeinde Sinsheim, mit mehreren hundert Unterschriften bedeckt, um Pressfreiheit.

c. v. Rotteck, Gesuch der Gemeinde Niederhausen um schnelle Herstellung des projektirten Wasserabzugsnothkanals. Abg. v. Rotteck empfiehlt dabei diesen Gegenstand dringend der Regierungskommission, und nimmt deren milde Gesinnungen in Anspruch. Staatsrath Winter: Es werde geschehen, was die Umstände erlauben, und zwar ohne Zögerung; beinahe alle Rheingegenden befänden sich übrigens dormalen in derselben fatalen Lage, wie die Gemeinde Niederhausen, und wenn hier mit Staatsmitteln geholfen werde, so habe man dort denselben Anspruch. An milden Gesinnungen fehle es nicht, sondern nur an Geld.

Der Präsident des Kriegsministeriums, Generallieutenant von Schäffer, besteigt die Tribune, und legt den Gesetzentwurf, die Militärdienerypragmatik betr., vor, wovon wir gestern bereits vorläufige Anzeige gemacht.

Hierauf ergreift der Reg. Kommissär Geh. Rath von Weiler das Wort, und zeigt an, daß das Staatsministerium auf die unlängst bei der Kammer vorgekommene Beschwerde des Heinrich Rooser gegen das Bezirksamt Espingen wegen angeblich despotischer Behandlung, über den wahren Hergang Auskunft erhoben, wornach das Verfahren des Amtes vollkommen gesetzmäßig, und der Beamte Ortallo als von jedem Tadel frei erscheine.

Die Tagesordnung führt nun auf die Diskussion über das Budget der Ausgaben. Nachdem sie der Präsident eröffnet, nimmt Abg. Welcker das Wort, und trägt darauf an, diese Diskussion auszusetzen, indem die Kammer das Budget nicht votiren dürfe, bevor nicht die Sanktion gewisser großer Gesetze, namentlich der Pressfreiheit, erfolgt sei. Wollte man diese verweigern, unter etwaiger Berufung auf die hochverrätherischen Karlsbader Beschlüsse, so mache man sich selbst des Hochverrathes schuldig (Lächeln auf der Ministerbank), und wer unter solchen Verhältnissen den Ministern Geld verwillige, setze sich schwerer Verantwortung aus.

Abg. Mittermaier widersezt sich diesem Antrag, und verlangt dagegen, die Kammer solle durch förmlichen Bes

schluß aussprechen, daß sie die Budgetsverhandlungen nicht schließen, und die Hauptabstimmung seiner Zeit nicht vornehmen werde, bevor von der Regierung die Gesetzesentwürfe über Abschaffung der Herrenfrohnden und die Freiheit der Presse vorgelegt seien.

Abg. Fecht: Der erste Redner sei zu ängstlich; das Ministerium werde das, was beide Kammern verlangt, nicht versagen oder verkümmert geben; den Fall könne er sich nicht denken. Er entschuldigt die verzögerte Vorlage, weil dermalen auf wenigen Männern eine Last von Geschäften liege, welche sie zu erdrücken drohe.

Abg. Merk spricht gegen den Abg. Welcker, und sagt: „Wir sind verpflichtet, uns den vorgelegten Arbeiten unausgesezt zu unterziehen; wenden wir das von Welcker vorgeschlagene Exekutionsmittel an, so wird es uns das Land, welches die Exekutionsgebühren zahlen muß, schlecht Dank wissen.“ (Sehr richtig.)

Staatsrath Winter: »Ich kann nur mit schmerzlichem Gefühl wiederholen, daß wir die Gesetze vorlegen werden, sobald sie zur Vorlage reif sind; ob sie es verfassungsgemäß, ob Sie es mit Ihrem Gewissen verträglich halten, einem der gestellten Anträge beizustimmen, muß ich Ihnen anheimstellen. Wir erkennen keine Bedingungen, wir nehmen keine an.“

Finanzminister v. Böckh spricht gegen den Abg. Welcker, und fährt aus, daß der Antrag des Abg. Mittermaier überschüssig, inkonstitutionell und beleidigend für die Regierung sei.

Abg. v. Rottke: Er billige die Motive der Abg. Welcker und Mittermaier; allein ihren Anträgen könne er nicht beipflichten. Ständen unsern Wünschen am Ende die Bundesbeschlüsse entgegen, so wäre dies allerdings nicht geeignet, Liebe, Achtung und Ehrfurcht gegen den Bund einzulösen. Warschau sei freilich gefallen, seit die Zusicherung der Vorlage des Preßgesetzes und des Gesetzes wegen Aufhebung der Herrenfrohnden ergangen sei; allein umsomehr Ehrenpflicht der Regierung sei es nun, zu zeigen, daß der Fall Warschaws kein Bestimmungsgrund für sie sei, von der schönen und edlen Richtung abzuweichen. »Bei der Endabstimmung wird jeder wissen, was er zu thun hat; ich hoffe übrigens, daß noch während der Verhandlung unsere Wünsche befriedigt werden.“ (Bravo von allen Seiten.)

Abg. Winter v. H.: Eine bestimmte Erklärung der Regierungskommissäre, daß ein Gesetz über wahre Preßfreiheit in den nächsten Tagen vorgelegt werde, in welchem Gesetz er die einzige Garantie aller Staatsbürgerrechte und der ständischen Wirksamkeit erkenne, und ohne welches er keine Steuern verwillige, — würde die Kammer beruhigen; er frage die Beamten der Krone, ob eine solche Zusicherung nicht zu geben sei.

Staatsrath Winter: »Der Gegenstand ist nicht auf der Tagesordnung; die Versicherung kann ich aber im Einverständnis mit den anwesenden Herrn von der Regierung geben, daß wir in möglichst kurzer Zeit die Gesetze vorlegen werden, die wir Ihnen versprochen. Ein

Mehreres können wir nicht erklären, da es nicht von uns allein abhängt.“

Abg. v. Jhstein: »Durch das Versprechen der Herrn Kommissäre der Regierung hat sich der Stand der Sache geändert. Es müßte kein Glauben an Recht und Wort mehr sein, wenn dies in feierlicher Stunde so eben gegebene Versprechen nicht gehalten würde.“ Der Redner geht nun auf allgemeine Betrachtungen über das zu beratende Budget über; man habe geglaubt, nicht auf einmal Alles umgestalten zu dürfen; wenn man von einer Leiter herab wolle, so müsse man keinen gefährlichen Sprung machen, sondern Stufe für Stufe steigen.“

Abg. Duttlinger: »Mäßigung und Eintracht möge, wie bisher, so auch bis zum Schluß des Landtages die Schritte der Kammer leiten; daß aber die Reden von einzelnen ausgesprochenen Gesinnungen die Gesinnungen Aller seien, woran er nicht zweifle, dies möchten alle Mitglieder durch Erhebung von ihren Sitzen kund thun.“ (Viele erheben sich.)

Abg. Schaaff: »Ich werde bei der Hauptabstimmung mitmaasslich in der Majorität sein; bis dahin aber will ich selbständig und Herr meines Willens bleiben; darum kann ich mich jetzt durch einen präjudizirlichen Akt nicht binden lassen. Ich trage auf die Tagesordnung an.“ (Gleiche Gesinnungen geben mehrere Deputirte zu erkennen. Stimmen: »Zur Tagesordnung.“)

Hiermit schloß sich diese Episode, welche dem ruhigen Beobachter Stoff zu mancherlei Reflexionen darbot. Einziger in seiner Art war der Uebergang des Abg. v. Jhstein aus diesem Inzidentstreit auf die Hauptsache.

Nachdem nun der Präsident um 11 Uhr die Fortsetzung der Diskussion über das Budget der Ausgaben eröffnet, erhebt sich Abg. Rutschmann: »Erlauben Sie mir einige Worte, um einen sehr laut u. allgemein gewordenen Volkswunsch auszusprechen, den Wunsch, daß unsere Diskussionen einen raschern Gang nehmen möchten. Man macht uns zum Vorwurf, daß wir so oft vom eigentlichen Gegenstand der Verhandlung abschweifen, daß wir nicht selten Compendien über einzelne Gegenstände unserer Verhandlung in die Verhandlungen der Kammer niederlegen. Verhehlen wir es uns nicht, es liegt einige Wahrheit in diesem Vorwurf. Ich bitte Sie sehr, diesen Worten keine üble Deutung zu geben; die materiellen Interessen ins Auge fassend, habe ich als warmer Vaterlandsfreund gesprochen.“ (Beistimmungszzeichen.)

Es werden nun zur Diskussion die einzelnen Anträge des Kommissionsberichts ausgelegt.

I. Staatsministerium.

Landstände. — 1) »Die Diäten der Landständischen Deputirten für die Zukunft, und von dem nächsten Landtage an, von 5 fl. auf 4 fl. herabzusetzen.“
2) »In Erwägung der dadurch sich ergebenden Ersparniß für die Kosten der Landstände die jährliche

Summe von 25,000 fl. in das Budget von 1831 — 33 aufzunehmen.“ — Einstimmig ohne Diskussion angenommen.

Geheimes Kabinet. — „Für das Geh. Kabinet die jährliche Summe von 10,000 fl. in das neue Budget aufzunehmen.“ — Angenommen.

Staatsministerium. — „Für das Staatsministerium die jährliche Summe von 11,300 fl. und wegen der aus dem Etat des Ministeriums des Auswärtigen übertragenen Rathsbefoldung weitere 2800 fl. aufzunehmen.“ — Desgl.

Ausserordentliche Ausgaben. — 1) „Die Regierung zu bitten, die Entschädigungsrente des frühern Ministers von Berstett vom 1. Juni 1831 an zu stiften, und nicht mehr auszahlen zu lassen.“ 2) „Die Kammer möge nach Abzug dieses Postens für ausserordentliche Ausgaben des Staatsministeriums die Summe von 5000 fl. in das neue Budget bewilligen.“ — Nach kurzer Debatte zwischen dem Finanzminister v. Böckh und dem Geh. Referendar Ziegler, dann den Abg. v. Jhstein, Rettig v. K. und Wegel II. werden beide Anträge angenommen.

Abg. Mittermaier bringt die Schädlichkeit des Lehnsnexus bei dieser Gelegenheit zur Sprache, und begründet den Antrag, „den Wunsch ins Protokoll niederzulegen, daß die Regierung für die erleichterte Modifikation der Lehnen möchte Bedacht nehmen.“ Nach kurzer Diskussion, woran ausser dem Finanzminister und dem Geh. Referendar Ziegler die Abg. Rettig v. K., Regenauer, Bekk, v. Rotteck und Duttlinger Theil genommen, und wobei der Finanzminister geäußert, daß die Regierung gleiche Ansicht hege, ward der Mittermaiersche Antrag einstimmig zum Kammerbeschluß erhoben.

Nach der Ordnung soll nun die Diskussion über den Etat des Ministeriums des Auswärtigen statt finden; sie wird aber aus vom Präsidium angezeigten Gründen auf morgen ausgesetzt und zur Erledigung von Petitionen übergegangen.

Abg. Baader berichtet über die Petition:

a. Des Franz Julier von Odenheim, Beschwerde gegen Vogt Fröhslich betr. — Tagesordnung.

b. Des Dam. Fitterer von Mörsch, Beschwerde gegen das Amt Ettlingen betr. Nach einer Diskussion zwischen Gerbel, Rindeschwender, Duttlinger und Schaaß — Tagesordnung.

c. Der Oberzoller Kresschen Wittib in Laß, Beschwerde gegen das dortige Amt und Bestellung einer Untersuchungskommission in der Person des Abg. v. Jhstein betr. Nachdem Neh. Rath Weiler Auskunft gegeben — Tagesordnung.

Abg. Gerbel berichtet über die Petitionen:

a. Der Gemeinde Jhringen, Befreiung von Flußbaukostenbeitrag betr. Abg. Seramin spricht für die Sache; nach einigen Erörterungen zwischen den Abg. Körner, Duttlinger, Rettig v. K. u. der Regierungskommission—

Beschluß: An die Petitionskommission zur geeigneten Berücksichtigung bei der Berichterstattung über mehrere ähnliche vorliegende Gesuche.

b. Der Gemeinde Großholzheim und anderer, um Aufhebung der Präzipualbeiträge zur Straßenbaukasse. Die Abg. v. Tscheppe, Wetter, Schaaß, Fecht u. Körner sprechen dafür, dagegen: Rettig v. K. und Rutschmann; Wegel II. verlangt Revision des Beitragsmaßstabes — Beschluß: Tagesordnung.

c. Des Anton Ulrich u. Kons., wegen Forderung an die Straßenbaukasse. Nachdem Abg. Rindeschwender Erläuterung gegeben — Beschluß: An das Staatsministerium.

d. Von 32 Petenten, Beschwerden über die Staatsverwaltung durch alle Gattungen — Beschluß: Tagesordnung.

Abg. v. Rotteck berichtet über die Petition des Buchdruckers Willibald von Donaueschingen, wegen Herausgabe eines Wochenblatts — Beschluß: Ans Staatsministerium.

Die Sitzung wird um 1 Uhr geschlossen.

Karlsruhe, den 14. Oktober. Die Erklärung des Staatsraths Winter, Chef des Ministeriums des Innern, in der 113. Sitzung der 2. Kammer vom 13. d. lautet, wie folgt:

„Ich kann nur wiederholen, was ich schon mehrmals zu äussern die Ehre hatte: Die Regierung, immer ihren Worten getreu, wird Ihnen alle Gesetze vorlegen, die sie Ihnen versprochen hat, sobald solche — zur Vorlage reif sind.“

Ueber die Anträge, die gestellt worden sind, die Bewilligung der Abgaben an Bedingungen zu knüpfen, will ich mich nicht äussern; ich muß es Ihnen überlassen, zu beurtheilen, ob diese Anträge der Verfassung gemäß sind, und ob Sie die Zustimmung mit Ihrem Gewissen vereinigen können.

Aber auf die Folgen muß ich sie aufmerksam machen, auf die Schritte, welche die Regierung ergreifen müßte, zur Erhaltung der Verfassung, und um ihre eigene Würde, ihre Ehre und ihr Ansehen zu behaupten.

Auf jeden Fall erkläre ich auf das bestimmteste, daß wir uns keine Bedingung, unter welcher Form solche vorgebracht, und zu welchem Zweck sie gemacht werden möchte, gefallen lassen, sondern solche entschieden zurückweisen werden.“

In No. 248 unseres Blattes steht Seite 2058 erste Spalte dritte und vierte Zeile von unten:

„Ubrigens wiederhole er, daß er sich der Fertigung der Liste und deren Druck nicht widersetze.“ Diese Angabe wird dahin berichtigt:

„Ubrigens wiederhole er, daß die Pensionsbücher der Budgetskommission zur Einsicht und Benutzung offen stünden.“

Frankreich.

Paris, den 11. Okt. In Villefranche (Haute-Gar-

ronne) ist Hr. Saubat, in Metz (Moselle) Hr. Genot zum Deputirten gewählt worden.

Man erwartet die Rückkehr des Hrn. von Chateaubriand nach Paris. Lamartine, wie schon früher Berenger, haben ihn in Liedern dazu aufgefordert. Man versichert, er werde eine Schrift gegen den Vorschlag des Hrn. von Bricqueville in Bezug auf Karl X. und seine Familie erscheinen lassen. General Bertrand hat dagegen in einer Brochüre vorgeschlagen, um denselben recht wirksam zu machen, Jeden, der einen der Verdammten in Frankreich aufnehme, mit dem Tode zu bestrafen, wie in England ein solches Gesetz hinsichtlich der Stuarts bestanden hat.

Kammeritzungen. — In der Pairskammer ward Bericht über den Vorschlag des Hrn. Boissy d'Anglas in Betreff der Ernennungen und Ehrenlegionsverleihungen der 100 Tage, und über das Budget von 1831 erstattet. Der Antrag geht auf beider Annahme. Die Abtheilungen wurden erneuert. — In der Deputirtenkammer wurde die Berathung über das Pairiegesetz fortgesetzt. Hr. Berenger gab zum Schluß der allgemeinen Diskussion die Uebersicht über dieselbe. Der Präsident schlug sodann vor, die vielen vorgeschlagenen Amendements auseinanderzulegen, und über sie bei den einzelnen §§., wozu sie gehören, zu entscheiden. Hr. Merilhou verlangte jedoch, daß man zuerst über die Hauptfrage, ob die Pairie erblich sein sollte, oder nicht, abstimme. Nach einer heftigen Erörterung siegte diese Ansicht, gegen die Gründe der Minister, mit geringer Majorität. Die Hh. Enouf und Jay entwickelten sodann ihr gemeinschaftliches Amendement, die Erblichkeit der Pairie beizubehalten. General Lamarque bekämpfte, Hr. von Lameth unterstützte sie. Die Kammer schenkte den Rednern keine Aufmerksamkeit. Die Abstimmung wurde sodann lebhaft verlangt, und da mehr als 20 Deputirte auf geheime Abstimmung antrugen, so fand diese unter einer bei Abstimmungen ungewöhnlichen Ruhe statt. Das Resultat war 86 Stimmen für und 324 Stimmen gegen das Amendement.

Die Oppositionsblätter sind sehr erfreut über den glänzenden Sieg ihrer Prinzipien bei der Frage über Erblichkeit der Pairie, und die ministeriellen haben den Vortheil, hierin, wenn sie wollen, zugleich einen Sieg der Minister zu sehen. Die Niederlage derselben bei der Prioritätsfrage erklärt die France Nouvelle für eine Folge der Ungeduld der Kammer, welche die Hauptfrage entschieden haben wollte. Die Hauptvertheidiger der Erblichkeit, Tempé und Debats, hoffen noch auf ein morgen vorkommendes Amendement des Hrn. Tesse, der die Erblichkeit der Pairie, jedoch nur für die erstgeborenen Söhne, beibehalten, und diese dann einer Bestätigung durch die Wahlkollegien unterwerfen will; auch der Messager zeigt sich diesem Plane geneigt. Der Courier Fr. versichert aber, das Privileg sei jetzt für immer unterlegen, und der Globe sieht in dem Beschluß der Kammer einen Beweis, daß der Geist der Zeit zur Abschaffung des Erbrechts sich hinneige. Das Journal du Comm. macht darauf aufmerksam, daß die

geheime Abstimmung, ihrem Entstehungsgrund nach, ein Schutz gegen das Ministerium, gegenwärtig von den Deputirten angewandt werde, um sich der Aufsicht des Landes zu entziehen. Die Quotidienne findet es natürlich, daß eine revolutionäre Kammer die Frage revolutionär entschieden habe, und der Gazette de Fr. zufolge versichert man, die Pairskammer werde, kühn gemacht durch das Beispiel der Lords in England, jedes Projekt verwerfen, was nicht auf Erblichkeit beruhe.

Nach Briefen aus Madrid, den 29. Sept., hat die Herzogin von Berry der Königin u. der Infantin Donna Luise Charlotte Eröffnungen über eine künftige Vermählung des Herzogs von Bordeaux mit der Prinzessin Elisabeth, einer Nichte des Königs, gemacht. Sie scheint dadurch den spanischen Hof für Einsetzung des jungen Herzogs auf den franz. Thron interessiren zu wollen. Vielleicht hat sie auch nur den Zweck, ihren Sohn nach Madrid zu bringen, um von da aus ihre Umtriebe in Frankreich leiten zu können.

Die Garnison von Aveira bei Porto hat, wie man aus Lissabon unterm 24. Sept. schreibt, gleichfalls einen Aufstandsversuch gemacht. Er ist indeß gescheitert, und die Theilnehmer dürften wohl erschossen werden.

Großbritannien.

London, den 8. Okt. Die Ruhe wurde noch nicht im Mindesten gestört, obwohl das Benehmen der Lords, welche bei Verwerfung der Reformbill die der Aristokratie eigenthümliche Kurzsichtigkeit und Verblendung zeigten, einen großen Eindruck machte. Dieses günstige Verhältniß dankt man wohl am meisten dem Umstand, daß man allgemein überzeugt ist, Lord Grey und das ganze Ministerium werde bleiben. — Die Reformjournale zeigen nicht die mindeste Besorgniß für den Sieg ihrer Sache. Der Courier beginnt seinen Artikel mit den Worten: »Lord Grey wird König und Volk nicht verlassen.« Er rath zu Pairsernennungen, obwohl er zugleich erklärt, nicht darauf bestehen zu wollen, da der König schon genug von »Personen, deren Stellung zu ihm ihnen ein ganz anderes Benehmen hätte vorschreiben sollen«, behelligt werde. Es heißt, die Minister würden darauf antragen, das Unterhaus solle in einem Komitee feierlich vom Schicksal der Reformbill Kenntniß nehmen, und dann werde eine kräftige Adresse vorgeschlagen werden, um dem König das Benehmen des Oberhauses vorzusiellen, und ihn zu bitten, mit seinen getreuen Gemeinen zu solchen weiteren Maßregeln mitzuwirken, die für zuträglich erkannt werden möchten. Nöthigenfalls werden die Minister eine Parlamentsvertagung vorschlagen. Heute Nachmittag hielten etwa 200 Parlamentsglieder eine Versammlung zur Vorbereitung einer entscheidenden für den 10. d. Einstimmig sprachen sie sich dahin aus, die Minister zu unterstützen, und faßten mehrere sehr kräftige Beschlüsse. — Den Times zufolge werden Gemeinderath und Handelsstand von London gleichfalls Versammlungen halten, um die Minister zu unterstützen. Sie, wie das Chronicle, der Herald und der Globe ermahnen zur Standhaftigkeit,

um des Sieges gewiß zu sein; alle versichern, die Minister würden nicht abtreten. Der Globe macht, als auf einen Beweis der allgemeinen Ueberzeugung vom Sieg der Reformfreunde, auf das geringe Weichen der Fonds aufmerksam.

Die Verhandlungen des Unterhauses vom 6. und 7. sind ohne größeres Interesse. — Die Rede, welche Lord Brougham gestern zur Unterstützung der Reformbill hielt, dauerte $3\frac{1}{2}$ Stunden.

Belgien.

Brüssel, den 9. Okt. Der König hat den Brigadegeneral d'Hane van Steenhuyse zu seinem Generaladjutanten ernannt. — Unser Gesandter in London, Hr. Wandeweyer, hat dem Ministerium offiziell angezeigt, daß der König von Holland, nach einer ihm von Lord Palmerston gemachten Mittheilung, der Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 25. d. beigetreten sei. Hr. Wandeweyer ist bereits zu einer neuen Verlängerung ermächtigt worden; allein König Wilhelm soll durchaus gegen dieselbe protestiren. Belgischer Seits gehen die Rüstungen eifrig fort. Eine Menge Plätze werden in wahre Forts verwandelt, und man sammelt die Gewässer, um im Nothfall alle bedrohten Punkte überschwemmen zu können. Man legt Munitionsdepots an, hat die strengsten Maasregeln ergriffen, um die Dienstpflichtigen aus den Jahren 1827 — 30, die sich nicht freiwillig stellen, festzunehmen, und will, wie man hört, auch die Offiziere der Bürgergarde einem Examen unterwerfen. An mehreren Orten hat man die Bürgergarde schon mobilisirt. Die Fremdenlegion wird 4000 M. stark werden. Die franz. Subalternoffiziere in unsern Diensten nehmen belg. Uniform an. Der König bereist fortwährend das Land, besichtigt die Verteidigungsanstalten, und mustert Truppen und Bürgergarden.

Italien.

Die allgemeine Zeitung schreibt aus Rom den 29. September: Die Anerkennung Don Miguels steht jetzt fest. Allein manche Umstände kommen zusammen, diesen Triumph der Miguelisten bedeutend zu vermindern. Borerst wurde der Gesandte nicht mit dem gewöhnlichen Ehrengedränge, das solche Audienzen auszeichnet, empfangen, und bei der stattfindenden Privataudiens, als der Marquis in den Besitz des Archivs der Gesandtschaft, der portugiesischen Kirche und eines ausschließlichen Wappens gesetzt zu werden verlangte, erhielt er die merkwürdige Antwort: Daß der heilige Vater das Recht des Besizes anerkenne und folglich Niemand in seinem Besitze stören könne. Nach dem Marquis von Lavaradio kam der Geschäftsträger der Donna Maria da Gloria, und wurde huldreichst von dem Papste empfangen. Der Papst bestätigte ihn ausdrücklich in den Rechten, welche der portugiesische Gesandte für sich in Anspruch nehmen wollte. So sind also 2 Gesandte der allgetreuesten Majestäten von Portugal in Rom. — Die beruhigenden Nachrichten aus den Legationen bestätigen sich. In For-

ti, dem gefährlichsten Punkte, wurde die päpstliche Fahne feierlich eingeseget, und die päpstliche Kokarde angenommen, nachdem eine beruhigende Proklamation erlassen worden war.

Polen.

Warschau, den 5. Okt. Der zum Platzkommandanten der Hauptstadt ernannte General Pencherzewski, der Generalmajor Lysyn, der Generalmajor Dmilianko, der Generalproviantskommissär der kais. russ. Armee, Strebizki, und der Kastellan Graf Krasinski, Hofmeister Sr. kais. Maj., sind dieser Tage hier angekommen. — Hier heißt es, Fürst Czartoryski sei nach seiner Ankunft in Krakau plötzlich gestorben; einer andern Sage zufolge befindet er sich in Sieniawa, wo auch General Romarino sich aufhalten soll. — Vorgestern hieß es, Professor Lelewel sei verhaftet worden. — Mit den Arbeiten zur Schleifung der Festungswerke ist man schon ziemlich weit vorgeschritten. Das Wetter ist vorzüglich heiter; um Mittag steht der Thermometer oft auf 20°. Die Lebensmittel sind im Preise jetzt alle sehr gesunken.

Krakau, den 1. Okt. Generallieutenant Rüdiger hat gestern durch eine Bekanntmachung wiederholt sämtliche polnische Offiziere, Soldaten und Beamten aufgefordert, sich bei seinem Stabchef, Obersten Stich, zu melden, wenn dies noch nicht geschehen, oder sich zu stellen, wenn sie sich bereits gemeldet haben, um nach Kielce abgefertigt zu werden. Eifern droht er, wenn sie ungehorsam sind, mit Verhaftung, und ihren Hauswirthin, die sie nicht anzeigen, mit strenger Verantwortlichkeit.

Rußland.

Petersburg, den 1. Oktober. Der Kaiser hat den General von der Infanterie, Generaladjutanten Baron Rosen I., zum Kommandeur des abgesonderten kaukasischen Korps ernannt.

In Petersburg, sind vom 27. bis 29. Sept. 26 Personen an der Cholera erkrankt, 2 genesen und 7 gestorben.

Preussen.

Berlin, den 10. Okt. Gestern erkrankten dahier an der Cholera 27 Personen; 14 genesen und 17 starben. Heute erkrankten 36 Personen, 12 genesen und 34 starben.

In Posen hat die Seuche ganz aufgehört.

Oesterreich.

Wien, den 7. Okt. Vom 6. zum 7. d. kamen hier 77 neue Cholerafranke hinzu; es genesen 83 und starben 39.

In Lemberg hat die Cholera nach einer Dauer von 18 Wochen ganz aufgehört. Im Ganzen waren 5013 Individuen erkrankt, 2392 genesen, und 2621 gestorben.

Baiern.

München, den 11. Okt. Gestern in der Frühe starb dahier Dr. Amann, ordentlicher Professor der Moraltheologie an der Universität.

Gestern wurde das Oktoberfest in Gegenwart Ihrer königl. Majestäten und einer unzählbaren Volksmenge, unter Begünstigung des schönsten Wetters, auf die gewöhnliche Art begangen.

Kammer der Abgeordneten. — Am 10. und 11. wurden bei weiterer Berathung des Budget folgende Beschlüsse gefaßt: Auf die Zivilliste werden übernommen sämmtliche Hofbauten, so wie die Kosten für den Oberhofmeisterstab und die Quieszenzgehälter der Hofdienerschaft. Die Kosten für Ausstattung der königlichen Prinzessinen werden aus dem Reichsreservefonds bestritten. Von den Ersparnissen der vergangenen Finanzperiode werden 335,818 fl. für öffentliche Bauten verwilligt, die von der Regierung für ein neues Bibliothek- und Archivgebäude verlangten 150,000 fl. dagegen, da man schon vorhandene Gebäude dafür benutzen könne, und 2 andere Forderungen, im Gesamtbetrag von 50,000 fl., verweigert. Der Antrag des Frhrn. von Closen, entlehrliche Staatsgebäude zu Irrenhäusern zu verwenden, wurde angenommen, die von ihm zu Errichtung solcher Anstalten in Vorschlag gebrachte Summe von 80,000 fl. aber nicht bewilligt. Die Kosten für das Steuerkataster im Betrage von 600,000 fl. wurden nach dem Antrage des Ausschusses auf das Budget übernommen.

So eben erfährt man, daß die Dauer der Ständerversammlung von Neuem bis zum 15. Nov. verlängert worden ist. (N. R.)

Königreich Sachsen.

Leipzig, den 7. Oktober. Unterm 7. September ist die Verfassung des Königreichs Sachsen als Gesetz bekannt gemacht worden. Man legt Werth darauf, daß sie keine oktroyirte, sondern eine pactirte ist; indessen haben nicht Volksvertreter, sondern Lehnsstände pacificirt. Unser Programm des Stadthauses, so könnte man das inhaltschwere Wort des Ministers von Lindenau nennen, welches er zwar zunächst für das Herzogthum Sachsen-Altenburg, doch immer als sein politisches Glaubensbekenntniß ausgesprochen hat: »Das monarchische Prinzip muß frei und hoch über uns walten, die Aristokratie aber muß untergehen,« diese Verheißung ist nun zwar in dem vorliegenden Grundgesetze bei Weitem noch nicht in Erfüllung gegangen; allein unter den gegebenen Umständen kann man mit der Verfassung, wie sie ist, zufrieden sein, und ist es wohl auch. Die Ausdehnung und die Modalität der Volksvertretung läßt sich vollständig noch nicht beurtheilen, indem das Wahlgesetz, ein integrierender Theil der Verfassung, erst erwartet wird. Der Antheil der Stände an der gesetzgebenden Gewalt ist ziemlich beschränkt: nicht nur geht ihnen die Initiative ab, sondern es ist auch ihr tribunizisches Veto bei Gesetzen und Abgaben nur ein bedingtes. Dagegen sind die Sitzungen beider Kammern öffentlich. Sollte jedoch den Journalisten der Zutritt verwehrt werden, was durch die hinzugesetzte Bestimmung angedeutet zu sein scheint, daß die Kammern die Redaktion ihrer durch den Druck bekannt zu machenden Si-

zungsprotokolle selbst besorgen sollen, so würde die Definitivität nur scheinbar sein. Man will in Sachsen, und das gilt besonders von den Beamten, mit der Publizität sich noch gar nicht befreunden; sie ist aber das einzige Mittel gegen das alte Uebel, daß die Staatsmänner in die Frage einfließen: Quis custodit ipsos custodes? Zunächst wird nun die Umformung der verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung im Geiste der Verfassung beginnen. Es sind organische Gesetze versprochen über das Abgabensystem, über die Rechtspflege über die gutherrlichen Verhältnisse, über die Presse u. s. w. (Allg. Ztg.)

Staatspapiere.

Wien, den 8. Okt. 4prozent. Metalliques 73 $\frac{3}{4}$; Bankaktien 1020.

Paris, den 10. Okt. 5prozent. 87, 50; 3prozent. 57, 65.

Frankfurt, den 12. Okt. Großherzogl. badische 50 fl. Lott. Loose von S. Haber sen. und Goll u. Söhne 1820 77 $\frac{3}{4}$ fl. (Papier.)

Karlsruhe, den 15. Okt. Am 10. wurde im Unterhause die Motion des Lord Ebrington, die das Zutrauen des Hauses zu den gegenwärtigen und sein Bedauern über die Verwerfung der Reformbill ausdrückte, mit 329 gegen 180 Stimmen angenommen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von: Ph. Madlet.

Auszug aus den Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

13. Okt.	Barometer	Therm.	Hygr.	Wind.
M. 7 $\frac{1}{4}$	273.10.7 L.	10,0 G.	55 G.	Windstille
M. 1 $\frac{1}{2}$	273.10.6 L.	17,7 G.	51 G.	Windstille
N. 8 $\frac{1}{2}$	273.10.6 L.	13,0 G.	55 G.	Windstille

Ziemlichkeit.

Psychrometrische Differenzen: 2.7 Gr. - 3.4 Gr. - 2.6 Gr.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend nach 7 Uhr starb meine geliebte Gattin, Maria Antonia, geborne Heller, 52 Jahre alt, an der Brustwassersucht. Diesen für mich und meinen achtjährigen Sohn Ferdinand schmerzlichen Verlust theile ich allen meinen Verwandten und Freunden ergebenst mit, und bitte um stille Theilnahme.

Bruchsal, den 12. Okt. 1831.

Reinhard,
Rathschreiber.

Karlsruhe. [Anzeige und Einladung.] Montag, den 17. Okt., wird der Unterzeichnete mit den Zöglingen seines musikalischen Lehrinstituts in Saale zum Darmstädter Hof, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr, eine öffentliche Prüfung halten. Wozu die Eltern der Zöglinge, so wie Lehrer, Erzieher und Kunstkenner hiezu mit höchst eingeladen werden.

Mittwoch, den 19. d., wird er als Fortsetzung der Prüfung im nämlichen Saale ein Konzert zu geben die Ehre haben. Die Hälfte der Einnahme ist für die Karl Friedrichs, Leopolds u. Sophien-Stiftung und die andere Hälfte zum musikalischen Unterricht unbemittelter talentvoller Kinder bestimmt. Billets sind bis zum Tage der Vorstellung, Nachmittags 4 Uhr, in der D. R. Marr'schen Buchhandlung und in der Handlung der Herren Gustav Schmieder und Leichterlin, so wie Kreuzstraße Nr. 18 zu haben.

Das Nähere der Prüfung wird ein besonders hiezu gedrucktes Programm, und das des Kinderkonzerts ein besonderer Zettel bestimmen.

B. Eberhard.

Karlsruhe. [Museum.] Die verehrliche Museums-Gesellschaft wird in Kenntnis gesetzt, daß die Winterbelustigungen bis 4. Nov. d. J. mit der ersten Abendunterhaltung ihren Anfang nehmen werden. Der Anfang der Abendunterhaltungen ist Abends um sechs Uhr.

Karlsruhe, den 13. Okt. 1831.

Die Museums-Kommission.

Dankfagung.

Hr. Karl Berger in Karlsruhe hat, aus eigener Bewegung, 6 Exemplare seiner beliebten Zeitschrift, oder deutsche Jugendfreunde, zur Unterstützung der Schullehrer Walzischen Familie in Lohrbach, bei mir niedergelegt; und will diese Anzahl so lange geben, als genannte Zeitschrift sich eines gedeihlichen Fortganges erfreuen wird.

Durch dieses Geschenk erwächst nun erwähnter Familie der für sie so bedeutende Genuß von jährlichen 16 fl. 12 kr.

Ich halte es für Schuldigkeit, Hrn. Berger hiezu öffentlich zu danken, und damit die angelegentlichste Bitte an meine Amtsbrüder zu verbinden: Durch recht fleißige Abnahme genannter Schrift, derselben ein recht langes und glückliches Bestehen zu sichern.

Dallau, Amts Rosbach, den 5. Okt. 1831.

Schullehrer Pfaff,
als Vormünder der 6 Walzischen
Kinder in Lohrbach.

Literarische Anzeigen.

Bei mir sind so eben erschienen, und in den Groos'schen Buchhandlungen in Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg, so wie in allen übrigen Buchhandlungen zu haben:

Altenstücke, zwei merkwürdige, zur Kenntniß des Papstthums und der römisch-katholischen Kirche, aus dem sechzehnten und achtzehnten Jahrhunderte nach Christo. Allen Katholiken, denen das wahre Christenthum am Herzen liegt, in christlichem Sinne gewidmet von K. S. geh. 1831. Preis 18 fr.

Auch mit diesen beiden Altenstücken bekämpft der Herausgeber die römisch-katholische Kirche und deren verderbliche Grundsätze und frevelhafte Zwecke. Das erste Altenstück ist das Gutachten, welches im Jahr 1553 drei Bischöfe über die beste Art und Weise, das wankende Ansehen der römischen Kirche zu befestigen, dem Papste Julius III. auf Verlangen gegeben haben; das andere ist das Glaubensbekenntniß, welches der sächsische Kurprinz Friedrich August, nachheriger Kurfürst Friedrich August II., bei seinem öffentlichen Uebertritt zur römisch-katholischen Kirche abgelegt haben soll. Denn kann auch der Herausgeber die Authentizität desselben nicht gehörig nachweisen, so zeigt er doch die innere Uebereinstimmung desselben mit dem Wesen der römisch-katholischen Kirche. Er hat die Schrift allen Katholiken, denen das wahre Christenthum am Herzen liegt, gewidmet; auch er kämpft für die römisch-katholische Kirche gegen die römisch-katholische.

Eisen Schmid, L. M., römisches Bullarium, oder Auszüge der merkwürdigsten päpstlichen Bullen, aus authentischen Quellen, durch alle Jahrhunderte, bis auf die neueste Zeit, übersetzt und mit fortlaufenden historischen, archäologischen und andern nöthigen Bemerkungen versehen. 2ter Band. Vom Jahr 1535 — 1830. gr. 8. 1831. Preis 6 fl. 18 fr.

Freimund, was verlangt unsere Zeit in Staat und in Kirche von den Regierungen und Völkern? Ein Wort des Ernstes und des Friedens. 8. gehestet. 1831. Preis 14 fr.

Der Verfasser gibt in diesen Vogen für Regierungen und Völker einen Beitrag zur Erkenntniß dessen, was unsere Zeit für Staat und Kirche fordert. Er gründet diese Forderungen auf den Grundsatz allseitiger Freiheit, und wendet denselben nicht im Sinne des Demokratismus, sondern denselben bekämpfend im Allgemeinen und Einzelnen auf unsere staatlichen und kirchlichen Vereine an.

Karl und sein Oheim, oder der aufrichtige Katholik. Allen aufrichtigen Katholiken, besonders den 127 gleichen Glaubens u. Sinnes, wie auch allen redlichen Protestanten gewidmet. Herausgegeben von Thimotheus

Christians. 8. 1831. Preis 1 fl. 21 fr.

Diese Schrift verdient mit Recht von Katholiken und Protestanten gelesen und beherzigt zu werden!

Sincerus, Chr., Beleuchtung der Grundzüge der rein katholischen Kirche. 8. geheftet. 1831. Preis 18 fr.

Neustadt a. d. D., im Juli 1831.

J. K. G. Wagner.

Höchst vortheilhaftes Anerbieten für Bücherfreunde u. Leihbibliotheken.

Bei Unterzeichnetem ist so eben eine ausführliche Anzeige und Verzeichniß von guten Romanen und andere Unterhaltungsschriften zu äußerst billig herabgesetzten Preisen für einzelne Artikel, so wie im Ganzen, erschienen, und bei ihm, so wie in allen Buchhandlungen Deutschlands gratis zu haben. Briefe werden franco erbeten.

Tobias Eßler in Mannheim.

Kastatt. [Schauspielerinnen-Gesuch.] Zweijunge Schauspielerinnen, welche auch im Singspiel mitzuwirken im Stande sind, können unter annehml. Bedingungen dahier Engagement finden. Auf portofreie Briefe antwortet umgehend
Die Theaterdirektion
in Kastatt.

Karlsruhe. [Anzeige.] Herausgekommene Serien-Lose, zu der Ende November stattfindenden Hauptgewinnziehung der Großherzogl. Badischen Lose, sind bei mir zu haben. Schriftliche Anfragen hierüber erbitte ich mir portofrei einzusenden.
Löw Homburger.

Oberkirch. [Vorladung.] Andreas Kupferer, von Erlach, Esbat bei dem Großherzogl. leichten Infanterie-Bataillon in Kastatt, welcher sich den 26. Sept. d. J. heimlich von Hause entfernte, wird andurch aufgefordert, sich binnen 6 Wochen

um so gewisser dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, und sich über seine Entfernung zu verantworten, als man sonst weiter gegen ihn nach Kraft der Befehle verfahren werde.

Oberkirch, den 3. Okt. 1831.

Großherzogliches Bezirksamt.

Fauler.

Signalment.

Alter 24 Jahre, Größe 5 4", Körperbau stark, Gesichtsfarbe gesund, Augen grau, Haare blond, Nase mittel.

Pforzheim. [Bekanntmachung.] Da sich der öffentlichen Aufforderung vom 13. Januar laufenden Jahrs ungeachtet die gesetzlichen Erben des am 8. Dezember vorigen Jahrs alhier verstorbenen Tagelöhners Lorenz Draskosky innerhalb der bestimmten Frist nicht gemeldet haben, so werden dieselben nunmehr mit ihren Einwendungen gegen die letztwilligen Verfügungen des Verstorbenen in Folge des angebreiten Rechtsnachtheils ausgeschlossen, und wird der Nachlaß desselben an die

von ihm ernannten Stückvermächtnisnehmer, woburd solcher gänzlich absorbiert wird, ausgefolgt werden.

Pforzheim, den 24. Sept. 1831.

Großherzogliches Oberamt.
Deimling.

Karlsruhe. [Kostlieferung.] Die Lieferung der Kost für die Kranken in dem hiesigen Militärhospital, vom 1. November 1831 bis Ende Oktober 1832, wird

Samstag, den 22. dieses Monats,

Vormittags 10 Uhr, in dem Bureau der Militärhospitalverwaltung, an den Benütznern versteigert; wozu die Liebhaber mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die Steigerungsbedingungen entweder auf dem Plabubureau, oder bei obengenannter Verwaltung täglich eingesehen werden können.

Karlsruhe, den 13. Okt. 1831.

Großherzogliche Stadtkommandantenschaft.

Karlsruhe. [Fahrradversteigerung.] Dienstag, den 25. dieses, Vormittags 9 Uhr, werden aus der Verlassenschaft der verstorbenen Kreisrätin Harleben, Haus Nr. 59 der Malienstraße,

Geld- und Silberwaaren, Frauenkleider, Bett- und Weißzeug, Schreinerwerk und allerlei Hausrath, gegen baare Bezahlung, öffentlich versteigert werden.

Karlsruhe, den 10. Okt. 1831.

Großherzogliches Stadtkommissariat.

Kerler.

Sexauer,

Teilungskommissär.

Karlsruhe. [Leihhauspfänderversteigerung.] In dem Gasthaus zum König von Preußen werden versteigert:

Montag den 17. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, Manns- und Frauenkleider von allen Gattungen.

Dienstag den 17. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, Leib-, Tisch- und Bettweißzeug, 222 Ellen verschiedene Leinwand.

Mittwoch den 19. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, 19 silberne Uhren, 212 Loth Silber, als: Eß- und Kaffeelöffel zc. goldene Ringe zc.

Donnerstag den 20. Okt., Nachmittags 2 Uhr, 9 Ober- 3 Unterberter, 4 Pfulben, 22 Kissen, 10 Bügelisen, 45 Pfund Binnenschir, 40 Pfund verschiedenes Gorn.

Freitag den 21. Okt., Nachmittags 2 Uhr, Weißzeug, Kleider, 15 Ellen wollenes Tuch, 108 Stück kleine schwarze Halbtücher zc.

Hierbei wird zugleich der §. 14. der Leihhaus-Statuten, wonach der Ueberlös aus den versteigerten Pfändern auf die Pfandscheine, welche nicht über ein Jahr verfallen sind, jeden Werktag Vormittag in Empfang genommen werden kann, in Erinnerung gebracht.

Karlsruhe, den 14. Okt. 1831.

Leihhausverrechnung.

Eyth.

Gerlachshausen. [Verschollenheitsklärung.] Da sich der unterm 12. August 1828 öffentlich vorgeladene Kilian Körner von Unterwittighausen zum Empfang seines Vermögens in der anberaumten Frist nicht gemeldet hat, so wird derselbe für verschollen erklärt, und sein Vermögen, gegen Klausur, den sich legitimirenden nächsten Verwandten in fürsorglichen Besitz gegeben.

Gerlachshausen, den 5. Okt. 1831.

Großherzogliches Bezirksamt.

J. A. d. V.

Geyer.